



Kein Abschluss, kein Anschluss

Bildung. Obwohl die Zahl der Schulabbrecher seit Jahren sinkt, gibt es in Deutschland nach wie vor erschreckend viele junge Leute ohne abgeschlossene Ausbildung: Mehr als 1,3 Millionen der 20- bis 29-Jährigen haben keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Das macht den Einstieg in den Arbeitsmarkt zum Hindernislauf: Viele Bildungsverlierer sind nur geringfügig oder in Teilzeit beschäftigt, ein großer Teil findet gar keinen Job.

Gleich drei Phänomene führen dazu, dass der Bedarf an qualifizierten Fachkräften in der Bundesrepublik immer weiter steigt: die Digitalisierung, die Globalisierung der Märkte sowie die demografische Entwicklung. Bildung wird angesichts dieser Entwicklungen zu einer entscheidenden Ressource – nicht nur für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, sondern für jeden Einzelnen.

In Sachen Schule hat sich angesichts dieser Herausforderung mittlerweile einiges getan. So ist die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss in den vergangenen Jahren deutlich gesunken (Grafik):

Während im Jahr 2001 noch 89.000 Schüler die Hauptschule ohne Abschluss verließen, waren es 2013 nur noch 46.000.

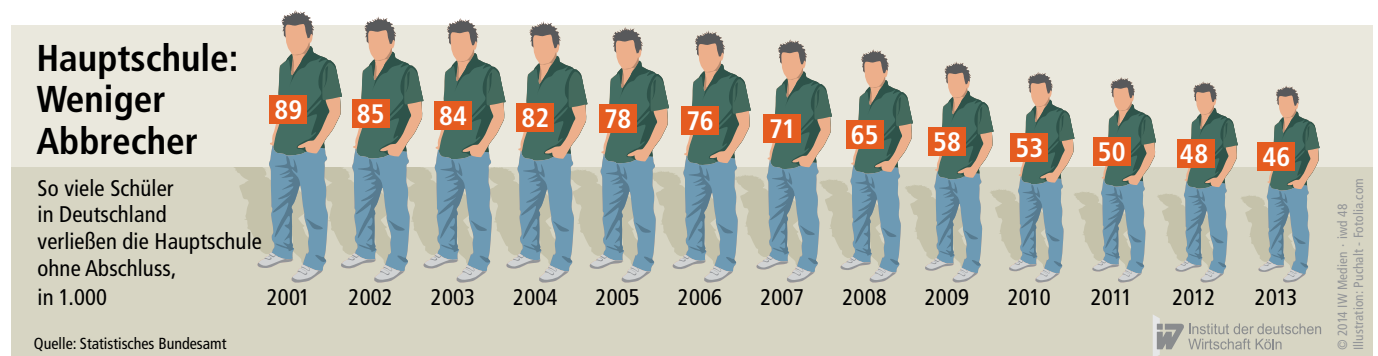
Auch wenn man den Bevölkerungsrückgang berücksichtigt, hat

sich die Zahl der Schulversager reduziert: So ist der Anteil der Hauptschüler ohne Abschluss an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung seit 2007 kontinuierlich von 7,7 Prozent auf zuletzt 5,7 Prozent gesunken.

Ob ein Jugendlicher einen Schulabschluss macht und wenn ja, auf welcher Schule, hängt nach wie vor stark vom elterlichen Bildungsniveau ab (Grafik Seite 2):

Zwischen 2010 und 2012 besuchte jeder dritte 17-Jährige, dessen Eltern maximal über einen Hauptschulabschluss verfügten, ebenfalls eine Hauptschule oder hatte diese bereits ohne Abschluss verlassen.

Von den gleichaltrigen Jugendlichen, die mindestens einen →



Inhalt

Tarifpolitik. Die IG Metall will in der nächsten Tarifrunde trotz der fragilen Lage, in der sich die heimische Wirtschaft befindet, eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent durchsetzen.
Seite 3

Strukturwandel. Anders als Frankreich und England ist Deutschland immer noch ein Industriestandort – gleichwohl stehen viele Branchen unter enormem Anpassungsdruck.
Seite 4-5

Koalitionsvertrag. Das Regierungsbündnis der Großen Koalition ist nun ein Jahr alt. Die Zwischenbilanz fällt bescheiden aus, weil bisher vor allem Wahlgeschenke verteilt wurden.
Seite 6-7

Arbeitsmarkt. Obwohl es immer mehr Erwerbstätige in der Bundesrepublik gibt, sinkt die Zahl der Arbeitslosen seit geraumer Zeit nicht – wie kann das sein?
Seite 8

→ Elternteil mit Hochschulreife hatten, traf das nur auf 8 Prozent zu.

Dabei gab es im Zeitablauf für den Nachwuchs aus bildungsfernen Elternhäusern durchaus Verbesserungen: Zu Beginn des Jahrtausends strebte noch mehr als die Hälfte jener Jugendlichen, deren Eltern nur über eine geringe schulische Qualifikation verfügten, einen Hauptschulabschluss an.

Woran liegt es, dass heutzutage fast 6 Prozent der Schüler eines Jahrgangs in Deutschland keinen Abschluss schaffen? Mangelndes elterliches Interesse kann es nicht sein, wie eine Auswertung der Angaben 17-jähriger Hauptschüler und derer, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, aus dem Jahr 2012 zeigt: 85 Prozent dieser Jugendlichen gaben an, dass sich ihre Eltern ziemlich oder sehr stark um ihre schulischen Leistungen kümmerten.

Gleichwohl gelingt es aber offensichtlich nicht allen Eltern, dies auch in praktische Hilfe umzusetzen: Rund 33 Prozent der befragten Jugendlichen sagten nämlich auch, dass sie von ihren Eltern keine Unterstützung beim Lernen oder bei den Hausaufgaben erhielten.

Eltern erkennen also durchaus, wenn ihre Kinder Gefahr laufen, in

der Schule den Anschluss zu verlieren; da sie aber häufig selbst nicht in der Lage sind, den Nachwuchs schulisch zu unterstützen, sollte die Verantwortung dafür in die Institution verlagert werden: Eine kompetente Hausaufgabenbetreuung etwa, die in einen Ganztagschulbetrieb eingebettet ist, könnte Abhilfe schaffen.

Doch auch mit einem Schulabschluss ist nicht automatisch eine erfolgreiche Bildungslaufbahn vorgezeichnet. Denn obwohl die Zahl der Schulabbrecher in Deutschland gesunken ist, gelingt es einer beträchtlichen Zahl junger Leute nicht, einen Beruf zu erlernen oder ein Studium zu absolvieren:

Im Jahr 2012 gab es in Deutschland 1,3 Millionen 20- bis 29-Jährige, die keinen berufsqualifizierenden Abschluss hatten und sich auch nicht mehr in einer Ausbildung befanden.

Das heißt, dass fast jeder achte in dieser Altersgruppe keinen beruflichen Abschluss vorweisen konnte.

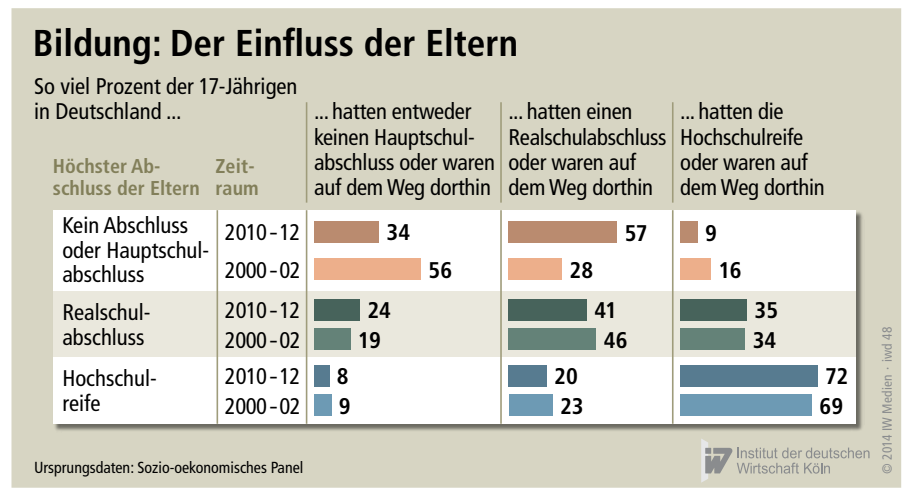
Obwohl acht von zehn dieser jungen Menschen einen Schulabschluss haben, sind ihre Chancen aufgrund ihrer zum Teil sehr geringen Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt eher schlecht. Im Jahr 2011 waren nur 62 Prozent der Männer ohne Berufsabschluss erwerbstätig, Frauen ohne

abgeschlossene Berufsausbildung oder Studium erreichten sogar nur eine Quote von 42 Prozent. Zum Vergleich: Rund 91 Prozent der männlichen Absolventen mit beruflichem Abschluss und/oder einem Hochschulabschluss gehen einer Erwerbstätigkeit nach, bei den Frauen sind es 86 Prozent.

Doch selbst wenn Bildungsverlierer einen Job finden, handelt es sich nicht automatisch um eine Vollzeitstelle. So waren 2011 fast 14 Prozent der jungen Männer und 31 Prozent der jungen Frauen ohne berufsqualifizierenden Abschluss lediglich geringfügig beschäftigt.

Neben familiären Verpflichtungen ist auch der schlechte Gesundheitszustand ein Grund dafür, dass diese jungen Erwachsenen vergleichsweise häufig Teilzeit oder gar nicht arbeiten: Jeder vierte der 20- bis 29-Jährigen ohne Berufsabschluss gibt an, schon beim Treppensteigen oder anderen anstrengenden Tätigkeiten starke oder zumindest einige Einschränkungen zu haben. Von den gleichaltrigen Personen mit Berufs- oder Hochschulabschluss leidet nur knapp jeder siebte unter solchen körperlichen Beeinträchtigungen.

Da diese Altersgruppe noch am Beginn ihres Erwerbslebens steht und sich der Gesundheitszustand in der Regel mit fortschreitendem Alter verschlechtert, ist die Vorsorge von zentraler Bedeutung für die Integration von Bildungsverlierern in den Arbeitsmarkt. Auch hier ließe sich bereits während der Schulzeit vorbeugen – zum Beispiel durch einen Sportunterricht, der auch bei motorisch weniger begabten Schülern Freude an der Bewegung weckt, oder durch Koch- und Ernährungskurse, wie sie etwa im Schweizer Schulalltag obligatorisch sind.



Überzogene Forderungen

Tarifpolitik. Die IG Metall will in der nächsten Tarifrunde nicht nur eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent durchsetzen, sondern auch Regelungen zur Altersteilzeit und eine neue Bildungsteilzeit. Diese Forderungen passen allerdings nicht in die derzeitige fragile ökonomische Landschaft.

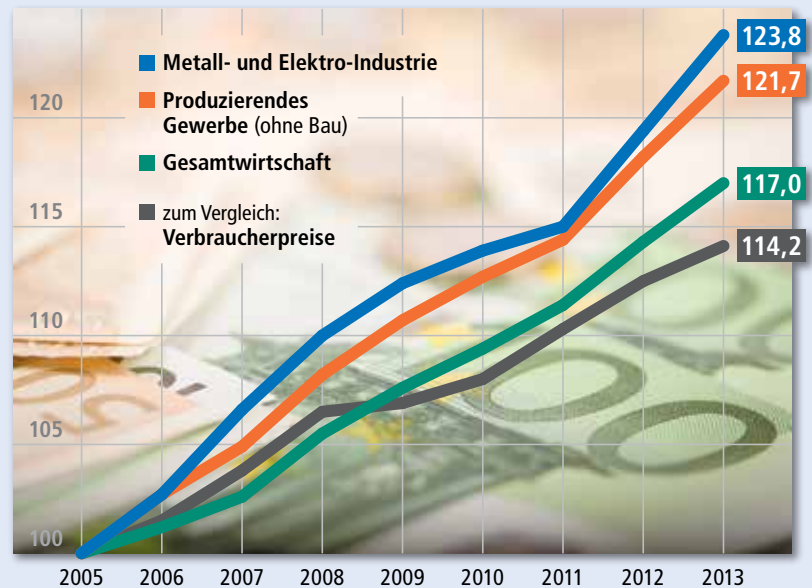
In einer so großen und heterogenen Branche wie der M+E-Industrie ist es schwierig, alle Einkommenserwartungen unter einen Hut zu bringen. Nach einer Diskussion innerhalb der einzelnen Bezirke zeichnet sich nun ab, dass die IG Metall für ihre Mitglieder in der im Januar 2015 startenden Tarifrunde 5,5 Prozent mehr Geld für zwölf Monate haben will. Sie begründet dies mit der Trendrate des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums von 1,5 Prozent, der von der Europäischen Zentralbank angestrebten Inflationsrate von 2 Prozent und mit einer Umverteilungskomponente.

Die Forderung ist nicht nur angesichts eingetrübter Geschäftsaussichten und magerer Wachstumsprognosen mehr als ambitioniert. Auch ein Blick auf den lohnpolitischen Verteilungsspielraum gibt für die nächste Tarifrunde nicht viel her.

Orientierungsmaßstab für Lohnsteigerungen ist die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung. Diese lag im Durchschnitt der vergangenen Jahre bei knapp 1 Prozent, Tendenz sinkend. Ein Grund für das im Vergleich zu früher magerere Produktivitätswachstum ist der Beschäftigungsaufbau. Derzeit liegt die Zahl der Erwerbstätigen mit 42,3 Millionen auf Rekordniveau.

Lohndynamik in Deutschland

Tarifföhne je Stunde, 2005 = 100



Tarifföhne: einschließlich Urlaubsgeld, Jahressonderzahlung und vermögenswirksamen Leistungen
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw48 - Foto: Marco Sciuetti - Fotolia.com

Die M+E-Unternehmen haben zwischen März 2010 und August 2014 etwa 310.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Dabei handelt es sich vor allem um gut bezahlte Stellen. Im vergangenen Jahr lag das Durchschnittsentgelt je M+E-Beschäftigten bei brutto 51.000 Euro.

Wenn diese Arbeitsplätze erhalten bleiben sollen, muss die Lohnentwicklung auf die eingetrübten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren – zumal die exportorientierte M+E-Industrie derzeit kaum Spielräume für eine Preisüberwälzung hat.

Im vergangenen Jahr waren sowohl die Erzeugerpreise als auch die Ausführpreise leicht rückläufig. Diese Tendenz hat sich im ersten Halbjahr 2014 fortgesetzt.

Die IG Metall täte daher gut daran, auf die Preiskomponente in

ihrer Lohnforderung zu verzichten. In der Chemischen Industrie scheint der Realitätssinn ausgeprägter. Dort wurde ein Korridor von 4 bis 5 Prozent genannt.

Doch die IG Metall will nicht nur höhere Löhne, sondern noch mehr: Neben der Altersteilzeit, die wegen der Rente mit 63 neu geregelt werden muss, fordert die Gewerkschaft erstmals auch eine Bildungsteilzeit für die persönliche Weiterbildung – auf Kosten der Unternehmen.

Aber: Schon heute investieren die M+E-Unternehmen über 8 Milliarden Euro in die bedarfsgerechte und gezielte Qualifikation ihrer Mitarbeiter. Eine davon unabhängige persönliche Weiterbildung nach dem Modell der IG Metall würde die Betriebe doppelt belasten – die Freigestellten fehlen ihnen dann nicht nur, die Firmen sollen diesen Ausfall auch noch mitfinanzieren.

Die Lehren aus der Vergangenheit

Strukturwandel. Obwohl Deutschland seine Rolle als Top-Industriestandort verteidigt hat, sind Branchen wie der Steinkohlenbergbau und die Textilindustrie nahezu von der Bildfläche verschwunden. Und wenn das Land nicht aufpasst, droht demnächst den energieintensiven Branchen ein ähnliches Schicksal.

Anders als beispielsweise Frankreich und das Vereinigte Königreich hat Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten seine Stellung als Industrieland gehalten. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ist nur minimal geschrumpft – von 22,6 Prozent im Jahr 1995 auf 22,2 Prozent im Jahr 2013.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich allerdings ein immenser Strukturwandel – mit unterschiedlichen Folgen für die betroffenen Regionen:

Der Steinkohlenbergbau hat seine frühere Bedeutung als Energielieferant für den Standort D verloren. Andere Länder, die wie Russland und die USA Kohle über Tage abbauen können, liefern billiger. Dementsprechend hat sich die Zahl der Mitarbeiter hierzulande unter und über Tage seit 1990 von 130.000 auf zuletzt 13.000 reduziert.

Der Braunkohleabbau zählte 1990 ebenfalls 130.000 Beschäftigte und konnte sich mittlerweile bei gut

20.000 stabilisieren. Die Braunkohleverstromung profitiert derzeit noch vom Atomausstieg, sie dürfte im Rahmen der CO₂-Vermeidung aber bald zurückgefahren werden.

Die Stahlindustrie hat viele Hütten dichtgemacht – seit 1980 gingen so 200.000 Jobs verloren. Allerdings sind die neuen Hochöfen und Elektroschmelzen leistungsfähiger als frühere Modelle und produzierten 2013 rund 43 Millionen Tonnen Stahl – nicht viel weniger als ihre Vorgänger im Jahr 1980. Deutschland ist damit immer noch der siebtgrößte Stahlerzeuger der Welt.

Sicher wäre die Aufgabe von Kohlegruben oder die Stilllegung von Stahlwerken einfacher zu managen gewesen, wenn die sich nicht in einzelnen Regionen geballt hätten. So

aber wurden diese – wie beispielsweise das Ruhrgebiet – in eine wirtschaftliche Krise gestürzt.

Die Textilindustrie war früher in Deutschland eher flächendeckend vertreten. Die Schließung einzelner Fabriken war kein Todesurteil für eine ganze Region, denn es gab immer noch genügend andere prosperierende Branchen.

Die Gründe für den Niedergang sind schnell erzählt. Gegen die günstigen Arbeitskosten in Asien oder Osteuropa konnten die heimischen Textilbetriebe schlichtweg nicht konkurrieren. Allerdings gibt es Ausnahmen. Dort, wo sich Firmen spezialisiert haben, konnten sie überleben (vgl. Kasten Seite 5).

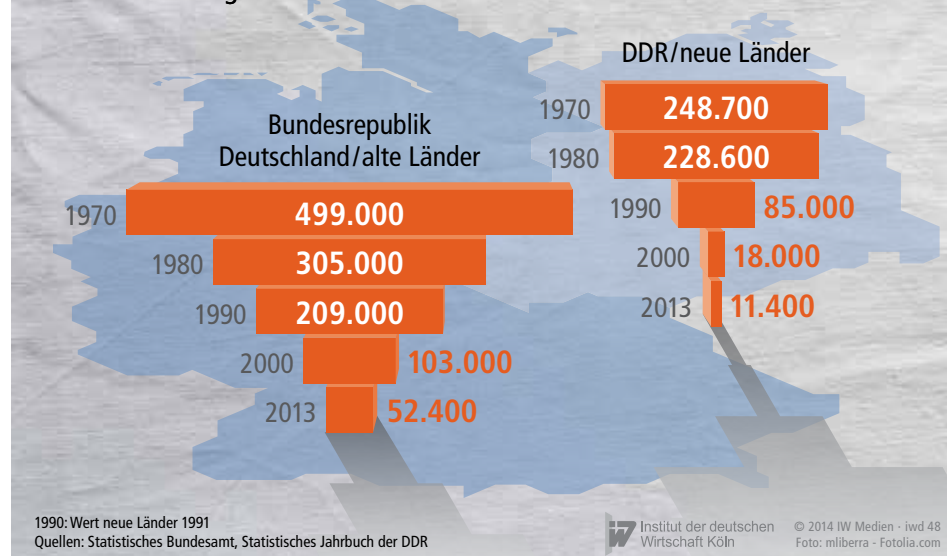
Ein ähnliches Schicksal wie der Textilbranche droht jetzt den energieintensiven Industrien in Deutschland, die mit massiven Preissteigerungen im Zuge der Energiewende zurechtkommen müssen (vgl. Seite 5).

Chemie-Cluster

Die Chemieindustrie in Deutschland konzentriert sich auf wenige Standorte. Das wichtigste Cluster befindet sich in Nordrhein-Westfalen (vgl. iwD 25/2014). Mit mehr als 91.000 Beschäftigten machen die Chemieparks in Leverkusen, Marl und weiteren Orten das Land zum führenden Chemiestandort in Europa.

Textilindustrie: Eine schrumpfende Branche

Zahl der Beschäftigten



Zukunft mit Fragezeichen

Investitionen. Energieintensive Industriezweige wie die Chemie ersetzen ihre abgeschriebenen Maschinen und Anlagen schon seit Jahren nicht mehr eins zu eins. Die Ursachen für diese Desinvestitionen sind zum Teil auf politische Fehlentscheidungen zurückzuführen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Industriestandort Deutschland enorm gewandelt. Während die Konkurrenten in den Schwellenländern zunächst großen Teilen der deutschen Textilindustrie den Garaus gemacht haben, setzten andere Länder wie die USA mit ihrer deutlich billigeren Tagebauförderung den deutschen Kohleminen zu (vgl. Seite 4).

Nun droht weiteren Branchen Gefahr. Sie kommt diesmal vor allem aus den Vereinigten Staaten, ist aber zugleich hausgemacht. Denn der Fracking-Boom in Nordamerika hat dort die Preise für Öl und Gas enorm sinken lassen. Die Gasrechnung der Unternehmen in den USA beträgt nur etwa ein Drittel des deutschen Niveaus.

Deutsche Textilindustrie heute

Heute hat die deutsche Textilindustrie noch gut 60.000 Mitarbeiter (Grafik). Sie arbeiten in einer Hightech-Branche, die sich auf technische Textilien und hochwertige Ware spezialisiert hat.

Eine traditionelle Textilregion ist das westliche Münsterland, wo seit 1970 jeder zehnte Textilbetrieb den Strukturwandel überlebt hat. Neben technischen Textilien für die Autoindustrie werden dort auch Heimtextilien hergestellt, wobei arbeitsintensive Produktionsstufen wie das Verpacken nach Osteuropa ausgelagert wurden.

Die Energiewende in Deutschland hat den Kostengraben zusätzlich vertieft – Strom ist hier doppelt so teuer wie in den USA. Beide Entwicklungen machen die Staaten für deutsche Chemieunternehmen immer interessanter. Denn Gas, Öl und Strom sind die Lebensadern der Branche:

- **Energieverbrauch.** Die Chemie ist der größte energieintensive Industriezweig Deutschlands. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts verbrauchte sie 2013 rund 30 Prozent aller von der Industrie benötigten Energieträger. Allein 44 Prozent davon werden als Rohstoff für chemische Produkte genutzt – die Einsparpotenziale sind also begrenzt.

- **Stromverbrauch.** Ein knappes Fünftel des industriellen Strombedarfs entfällt auf die Chemische Industrie. Wenn Strom nur um einen Cent je Kilowattstunde teurer wird, steigt die industrielle Stromrechnung um 2 Milliarden Euro. Die Chemieindustrie ist daran mit rund 360 Millionen Euro beteiligt.

Wegen der hohen Energiepreise in Deutschland zögern die energieintensiven Industriezweige zunehmend, in ihre heimischen Standorte zu investieren. Zwar haben die Papier-, Chemie-, Glas- und Metallindustrie zusammengenommen seit 2000 jedes Jahr durchschnittlich 15 Milliarden Euro investiert. Das aber reicht nicht, um alte Maschinen und Anlagen zu ersetzen (Grafik).

Energieintensive Branchen: Desinvestition hat begonnen

Maschinen und Anlagen verlieren jedes Jahr an Wert, weil sie verschleiben oder nicht mehr auf dem neuesten Stand der Technik sind. Am Ende der Laufzeit einer Maschine oder Anlage ist diese sprichwörtlich abgeschrieben, also nichts mehr wert. Sie muss ersetzt werden. Wird sie das nicht, spricht man von Desinvestition.

So viel Prozent der Abschreibungen wurden durch Investitionen ersetzt

| | 2002 | 2012 |
|----------------------------------|------------|------------|
| Verarbeitendes Gewerbe | 101 | 104 |
| davon: | | |
| Energieintensive Branchen | 92 | 91 |
| davon: | | |
| Metallerzeugung/-bearbeitung | 89 | 100 |
| Chemie | 104 | 92 |
| Glas, Keramik | 65 | 84 |
| Papier, Pappe | 88 | 79 |
| Andere Branchen | 103 | 107 |

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwv48

In der Chemieindustrie machten die Investitionen zuletzt nur noch rund 92 Prozent der Abschreibungen aus – der Kapitalstock schrumpft also.

Im Jahr 2000 dagegen wurden noch rund 100 Prozent der Investitionen auf eine Erweiterung des Kapitalstocks verwandt.

Wie groß der Investitionsstau inzwischen ist, zeigt diese Rechnung: Um den Kapitalbestand des Jahres 2000 aufrechtzuerhalten, wären bis 2012 allein in der Chemischen Industrie etwa 7 Milliarden Euro mehr an Investitionen notwendig gewesen – in allen energiehungrigen Branchen beläuft sich das Investitionsdefizit auf rund 23 Milliarden Euro.

Wohltaten statt Wachstumsförderung

Koalitionsvertrag. Vor rund einem Jahr haben CDU/CSU und SPD ihr Regierungsbündnis besiegelt. Bisher hat die Koalition vor allem teure Wohltaten beschlossen – und der Koalitionsvertrag lässt nicht erkennen, dass sich daran etwas ändert. Reformen, die die Wirtschaft stärken, sind kaum in Sicht.

Meist trifft eine Regierung wichtige, aber für die Wähler schmerzhaft Entscheidungen zu Beginn ihrer Amtszeit und präsentiert dann kurz vor dem nächsten Urnengang die Wahlgeschenke. Das Kabinett Merkel III hat gleich mit den Wohltaten begonnen (Tableau Seite 7):

Langjährige Facharbeiter bekommen einen Aufschlag auf ihr Alterseinkommen, fast alle Beschäftigten verdienen künftig mehr als 8,50 Euro pro Stunde und die Mieten sollen selbst in begehrten Stadtteilen nur noch langsam steigen dürfen.

All diese Maßnahmen freuen die Begünstigten und belasten nicht den Bundeshaushalt – schließlich will die Regierung ab 2015 ohne neue Schulden auskommen. Gekniffen sind jedoch Beitragszahler, Unternehmen, Vermieter – letztlich aber auch Mieter und Arbeitnehmer, wenn Wohnraum und Jobs knapp werden.

Wenig wachstumsfreundlich ist auch vieles von dem, was die Koalition noch vorhat. Gerade weil die Konjunktur schwächelt (vgl. iwD 47/2014), verbieten sich weitere Belastungen der Wirtschaft eigentlich von selbst. Doch genau darauf laufen die Arbeitsmarktpläne der Großen Koalition hinaus – etwa jene zur Regulierung von Werkverträgen. Sie sind ein probates Mittel, um Spezialisten zu engagieren – etwa für die Modernisierung der IT-Infrastruktur. Dabei dürfen Firmen mithilfe der Werkverträge allerdings keine

Tarifvereinbarungen umgehen, indem sie günstige externe Kräfte beschäftigen, diese de facto jedoch wie eigene Angestellte behandeln. Dieses generelle Verbot reicht der Regierung nicht aus. Künftig sollen Betriebsräte zusätzliche Kontrollrechte bekommen, wenn ein Unternehmen einen Werkvertrag abschließt.

Strengere Regeln plant Schwarz-Rot auch für die Arbeitnehmerüberlassung. Zeitarbeiter dürften demnach höchstens anderthalb Jahre in einem Betrieb arbeiten und sollen bereits nach der Hälfte der Zeit den gleichen Lohn wie die Stammbeschäftigten bekommen.

Beide Vorhaben ziehen die Grenzen für flexible Beschäftigung ein Stück enger.

Mehr Regulierung bedeutet auch das geplante Recht für Arbeitnehmer, nach einer familiär bedingten Teilzeitphase auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Schon heute erhöhen die meisten Firmen auf Wunsch die Stundenzahl ihrer Teilzeitkräfte, ein gesetzlicher Zwang würde viele Betriebe aber überfordern.

Neue Pflichten für die Wirtschaft sind auch mit folgenden Plänen verbunden: Ab dem Jahr 2016 sollen größere Unternehmen ihre Aufsichtsräte zu 30 Prozent mit Frauen besetzen, und Arbeitnehmer dürfen künftig zwei Jahre ihrer Elternzeit nach dem dritten Lebensjahr ihrer Kinder nehmen – bisher ließ sich nur ein Jahr verschieben.

Natürlich ist es lobenswert, mehr Frauen in Führungspositionen bringen und die Bedingungen für die Kindererziehung verbessern zu wollen. Doch die geplanten Gesetze verfehlen den Kern des Problems. Würde die Politik nämlich den Ausbau von Ganztagschulen beherzter angehen, hätten Eltern gar keinen Grund, nach der Einschulung der Kinder erneut in Elternzeit zu gehen.

Initiativen, die die deutsche Wirtschaft wirklich voranbringen, finden sich dagegen auf der Regierungsagenda nur wenige. Nützlich wäre unter anderem das geplante Gesetz zur Tarifeinheit. Dies besagt, dass in jedem Betrieb nur ein Tarifvertrag gelten darf und die Unternehmen während dessen Laufzeit vor Streiks geschützt sind. Künftig müssten sich konkurrierende Arbeitnehmerorganisation abstimmen. Gelingt ihnen das nicht, gilt der Tarifvertrag jener Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Betrieb.

Als hilfreich für den Standort D könnte sich auch die Arbeitsgruppe erweisen, die den 2019 auslaufenden Länderfinanzausgleich neu regeln soll. Derzeit steht jenen Bundesländern, die neue Unternehmen anziehen und so ihre Steuereinnahmen erhöhen, nur ein Bruchteil dieses Geldes zu. Sinnvoll wäre es, wenn die Bundesländer künftig das Recht bekämen, einen Zuschlag auf die Einkommenssteuer zu erheben und die Einnahmen daraus auch behalten dürften.

Weitere Informationen zum Thema gibt es im neuen IW-Magazin 21, das am 5. Dezember erscheint, unter: iwkoeln.de/21

Koalitionsvertrag: Der Stand der Dinge

| Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarte Maßnahmen | Stand der Umsetzung im November 2014 |
|--|---|
| ENERGIE | |
| EEG-Reform: Kostenanstieg begrenzen, Ausbaukorridore festlegen, Marktprämie für Stromerzeuger | Seit August 2014 in Kraft: Bau neuer Windräder begrenzt auf 2.500 Megawatt pro Jahr an Land und auf 6.500 Megawatt auf See; Stromerzeugern wird von der Einspeisevergütung der aktuelle Börsenstrompreis abgezogen |
| Einspeisevergütung degressiv gestalten – Fördersätze für Windkraft an Land senken | Seit August 2014 in Kraft: Windkraftförderung sinkt auf 8,9 Cent pro Kilowattstunde |
| Eigenstromerzeuger sollen mit Mindestumlage zur EEG-Finanzierung beitragen | Seit August 2014 in Kraft: Auch die Selbstversorger müssen zunächst 30 Prozent der EEG-Umlage zahlen, ab 2017 dann 40 Prozent |
| Beim Fracking keine umwelttoxischen Substanzen anwenden | Im Gesetzgebungsverfahren, Erlaubnis nur für Erprobungen und nach Zustimmung einer Expertenkommission |
| EUROPA | |
| Transaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz einführen | Verhandlungen dürften bis 2015 laufen, Steuer kommt aber voraussichtlich nur in elf EU-Staaten |
| Freihandelsabkommen TTIP abschließen | Ergebnisse frühestens Ende 2015, SPD lehnt Investorenschutzabkommen ab |
| Investment- und Geschäftsbanking auf europäischer Ebene trennen, Eigenhandel mit Wertpapieren und Derivaten für Großbanken verbieten | Umsetzung unsicher |
| Abwicklungsfonds für marode Finanzinstitute durch Bankenabgabe finanzieren (Höhe der Abgabe hängt ab von Systemrelevanz, Größe und Risikoprofil einer Bank) | Auf europäischer Ebene beschlossen: Fonds soll innerhalb von 8 Jahren ein Volumen von 55 Milliarden Euro erreichen; Eigentümer und Gläubiger sollen vorrangig haften – bis zu 8 Prozent der Bilanzsumme der jeweiligen Bank |
| Europäischer Stabilitätsmechanismus zur direkten Rekapitalisierung von Banken als letztes Instrument (maximal 60 Milliarden Euro) | Beschlossen, Bundestag muss zustimmen, finanzielles Risiko für Deutschland soll auf 16 Milliarden Euro begrenzt sein |
| FAMILIENPOLITIK | |
| Rückkehrrecht in Vollzeitjob nach Teilzeit aus familiären Gründen einführen | Noch kein Gesetzentwurf |
| Elternzeit für 24 statt 12 Monate zwischen 3. und 8. Lebensjahr gewähren – auch ohne Zustimmung des Arbeitgebers | Im Gesetzgebungsverfahren, soll ab Juli 2015 gelten |
| Elterngeld Plus einführen – maximal 28 statt 14 Monate in Kombination mit Teilzeit | Im Gesetzgebungsverfahren, soll ab Juli 2015 gelten |
| FINANZEN | |
| Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Länderfinanzausgleich, Solidaritätszuschlag) bis Ende 2019 neu regeln | Gemeinsame Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen: Finanzschwache Länder wollen an Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag beteiligt werden; finanzstarke Länder wollen Steuerautonomie |
| FRAUEN | |
| In voll mitstimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen soll für Aufsichtsräte, die ab 2016 neu besetzt werden, eine Geschlechterquote von 30 Prozent gelten | Im Gesetzgebungsverfahren, soll 2016 in Kraft treten |
| GESUNDHEIT UND PFLEGE | |
| Krankenkassenbeitragssatz sinkt von 15,5 auf 14,6 Prozent, Arbeitnehmerbeitrag von 0,9 Prozentpunkten entfällt, dafür einkommensabhängigen Zusatzbeitrag nur für Arbeitnehmer einführen | Beschlossen, ab Januar 2015 in Kraft |
| Pflegeleistungen für Demenzerkrankte verbessern | Im Gesetzgebungsverfahren, ab 2015 in Kraft |
| Zehntägige Pflegeauszeit für Angehörige mit Lohnersatzleistung koppeln | Im Gesetzgebungsverfahren |
| Pflegebeitragssatz ab 2015 um 0,3 Prozentpunkte erhöhen – davon 0,2 Punkte für neue Leistungen, 0,1 Punkte für Vorsorgefonds –, später weitere Erhöhung um 0,2 Punkte | Im Gesetzgebungsverfahren, ab 2015 in Kraft, 2. Stufe soll 2017 in Kraft treten |
| IMMOBILIEN | |
| Länder können 5 Jahre lang Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt ausweisen und mit wenigen Ausnahmen Mieterhöhungen bei Wiedervermietung auf 10 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränken | Im Gesetzgebungsverfahren, soll im 1. Halbjahr 2015 in Kraft treten |
| LOHN- UND TARIFPOLITIK | |
| Flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde ab 2015 einführen – Abweichung bis Ende 2016 gemäß Tarifverträgen, ab 2018 passt Tarifpartner-Kommission den Mindestlohn regelmäßig an | Beschlossen, ab 2015 in Kraft, erste Erhöhung des Mindestlohns schon 2017, dann alle 2 Jahre |
| Arbeitnehmerüberlassung auf 18 Monate begrenzen, gleiche Bezahlung wie Stammbesellschaft nach 9 Monaten | Vorarbeiten beginnen 2014, Beschluss soll 2015 kommen |
| Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip festschreiben | Im Gesetzgebungsverfahren, soll im Sommer 2015 in Kraft treten |
| Missbrauch von Werkverträgen verhindern | Vorarbeiten sollen dieses Jahr beginnen |
| RENTE | |
| Voraussichtlich bis 2017 solidarische Lebensleistungsrente einführen – berechtigt sind Menschen mit 40 Beitragsjahren (Übergangsregelung bis 2023: 35 Beitragsjahre) und weniger als 30 Entgeltpunkten | Umsetzung für 2017 geplant |
| Abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren ab 1. Juli 2014 einführen | Seit Juli 2014 in Kraft |
| Erziehungsleistung von Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt berücksichtigen | Seit Juli 2014 in Kraft |
| Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland mit dem Auslaufen des Solidarpakts vollenden | Noch kein Gesetzentwurf |
| VERKEHR | |
| Ausweitung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen | Im Gesetzgebungsverfahren, soll Herbst 2015 in Kraft treten |
| Einführung einer Pkw-Maut, die europarechtskonform ist und im Inland zugelassene Fahrzeuge nicht stärker als bisher belastet | Im Gesetzgebungsverfahren, Inkrafttreten ungewiss |

Zwei Welten

Arbeitsmarkt. Während die Zahl der Erwerbstätigen von Rekord zu Rekord eilt, herrscht bei der Arbeitslosigkeit seit zwei Jahren Stagnation. Die Gründe für diese gegenläufige Entwicklung sind vielschichtig.

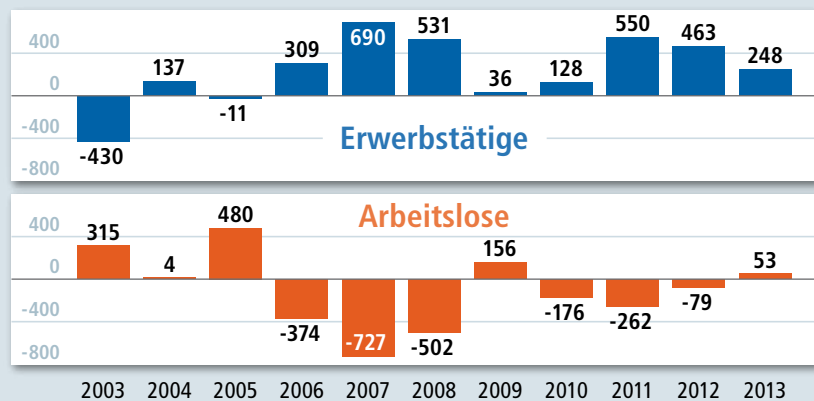
Seit 2006 erlebt Deutschland einen beispiellosen Job-Boom. Bis 2013 sind fast 3 Millionen neue Stellen entstanden (Grafik). Anfangs konnten auch die Arbeitslosen von diesem Beschäftigungsaufbau profitieren: Zwischen 2005 und 2008 sank die Zahl der Arbeitslosen von 4,9 auf 3,3 Millionen. Doch nach der Krise im Jahr 2009 ging es nur noch langsam voran. Von 2010 bis 2013 sind zwar 1,3 Millionen neue Stellen entstanden, aber die Zahl der Arbeitslosen ist lediglich um knapp 300.000 gesunken.

Dass sich Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit nicht spiegelbildlich entwickelten, hat im Wesentlichen zwei Ursachen:

Adressaufkleber

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 48

1. Höhere Erwerbsbeteiligung. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter will arbeiten. Die Erwerbsquote der über 50-Jährigen zum Beispiel ist allein von 2010 bis 2012 um 2 Prozentpunkte auf 73 Prozent gestiegen.

Vor allem ältere Frauen kehren verstärkt zurück in den Beruf. Ihre Erwerbsquote ist um 2,4 Prozentpunkte gestiegen, was rund 500.000 zusätzlichen potenziellen Arbeitskräften entspricht.

2. Mehr Zuwanderung. Während von 2005 bis 2009 per saldo nur 77.000 Zuwanderer aus dem Ausland nach Deutschland kamen, waren es in den Jahren 2010 bis 2013 mehr als 1,2 Millionen.

Weil mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt drängten, konnten die neu entstandenen Jobs besetzt werden, ohne die Arbeitslosigkeit zu senken.

Zudem hat sich ein harter Kern an Arbeitslosen gebildet, der nur

sehr mühsam abgebaut werden kann. So ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit seit 2010 von 64,1 auf 66,3 Wochen gestiegen.

Häufig sind es Qualifikationsdefizite, die den Weg ins Berufsleben verstellen. So streben 1,2 Millionen Arbeitslose eine einfache Tätigkeit an, für die es aber nur 90.000 offene Stellen gibt. (Nach-)Qualifizierung ist deshalb ein Weg, das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Allerdings lässt sich nicht jeder arbeitslose Werftarbeiter zum Computerexperten umschulen. Deshalb muss der Arbeitsmarkt auch Chancen für Geringqualifizierte bereithalten. Das setzt voraus, dass es sich für Unternehmen lohnt, einfache Jobs anzubieten. Mindestlöhne und weitere Regulierungen sind deshalb eher kontraproduktiv.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
(verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann,
Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Presspiegel unter:
pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.